

Leipzig, 16. November 1989

BStU

000035

Darstellung
der wesentlichsten inhaltlichen Schwerpunkte im Gespräch mit
Gruppenvertretern ("Neues Forum", "SDP" und "Demokratischer
Aufbruch") vom 16. November 1989

- Abbau von Ängsten und Vorbehalten gegenüber dem MfS

Man will, daß nicht auf diesbezügliche zentrale Anweisungen gewartet wird und damit begonnen wird, Transparenz schon auf Bezirksebene eintreten zu lassen. Dabei geht es nicht um die Aufklärung einzelner Fälle sog. Amtsmissbrauchs, es geht um eine umfassende Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit in der DDR. Dazu sollte das MfS in seiner ganzen Personalstärke eingesetzt werden. Hierzu müßte ein neues Selbstverständnis aus dem MfS heraus einsetzen. Man erkannte die Schwere der Aufgabe für das MfS, betrachtet es aber als aktuelles Gebot, so schnell wie möglich Transparenz und Öffentlichkeit der Arbeit des MfS herzustellen.

Von der Volkspolizei erwartet man schnell eine umfassende Aufklärung ihres Einsatzes am 7. und 8. Oktober 1989 in Leipzig. Weiterhin erwartet man die Bereitschaft, Aufklärungen u. a. in Zusammenhang mit der Person des ehemaligen Chefs der BDVP, Michaléski, erreichen zu können.

- Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Montagsdemonstration am 20. 11. 1989

Es wird eingeschätzt, daß bei der Demonstration am 13. 11. 1989 ein deutliches Abklingen von Anzeichen für eine Eskalation feststellbar war und man mit einer weiteren diesbezüglichen Beruhigung rechnet. Man einigte sich auf den Standpunkt, am kommenden Montag wieder eine Personenkette vor der "Runden Ecke" zu postieren. Diese will man mit einer noch stärkeren Durchsetzung mit Frauen im Ansehen der Demonstranten nicht so militant erscheinen lassen.

Für günstig erachtet man den Verweis von Pressefotografen aus diesem Bereich, um Personen nicht zusätzlich zu Handlungen zu animieren. Man betrachtet den Zeitpunkt als gekommen, wie überall in der Welt einen solchen Demonstrationszug von Polizei begleitet zu lassen (aller 60 bis 80 Meter, möglichst Verkehrspolizisten oder Feuerwehr). Eine Präsenz von VP im Bereich der "Runden Ecke" sollte jedoch unbedingt vermieden werden. Die Entscheidung über den Einsatz der VP überläßt man jedoch voll der Verantwortung dieses Organs. Von den Gruppenvertretern ist nicht beabsichtigt, weitere Flugblätter für Gewaltlosigkeit zu verbreiten und auch keinen erneuten Einsatz von Megaphonen vorzunehmen.

- Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Kundgebung am 18. 11. 1989 auf dem Dinitroffplatz in Leipzig

Es wurde darauf verwiesen, die notwendigen Absprachen im guten Einvernehmen mit der VP getroffen zu haben.

Zur Vermeidung von Störungen von Außen betrachtet man als günstig, wenn die am Sonnabend nach Leipzig anreisenden Fußballfan/s von Bahnhof aus in andere Richtungen abgeleitet werden könnten.

- Reaktionen auf das Interview des Leiters der Bezirksverwaltung am 14. 11. 1989 mit dem Sender Leipzig

Den Gruppenvertretern war dieses Interview offensichtlich unbekannt. Man brachte zum Ausdruck, daß ein Lob des Leiters der BV den Eindruck erwecken könnte, vom HfS vereinnahmt worden zu sein. Sinngemäß wurde geäußert: "Das Lob ehrt uns nicht, es macht uns Angst und schadet uns." "Wir schützen nicht die Staatssicherheit, wir wollen keine Gewalt."

An Ende des Gesprächs einigte man sich ausgehend vom Vorschlag des MfS eine sog. Denkpause für weitere derartige Gespräche einzulegen. Es wurden entsprechende Möglichkeiten der gegenseitigen Kontaktaufnahme ausgetauscht.

Das Klima des Gesprächs war von einer zunehmenden Versachlichung getragen. Es zeigte sich die Bereitschaft aller Gruppenvertreter, trotz bestehender unterschiedlicher Anschauungen im weiteren Dialog zu bleiben. Die sachlichen Positionen wurden hauptsächlich von den anwesenden Personen KIND ("NF"), DUSDAL ("NF") und MÖLLER ("DA") getragen. Die von den Personen TALLIG ("NF"), PIETSCH ("NF") und BERTRAM ("SDP") eingebrachten Diskussionsbeiträge trugen stärkeren Forderungscharakter und es offenbarte sich bei diesen Personen eine starke Ablehnung des MfS.